

Natascha Kohnen

An den Grenzen des Wachstums – Fortschritt ist möglich

Mit dem Begriff Wachstum wird im Allgemeinen ökonomisches Wachstum verbunden, das sich ausschließlich an wirtschaftlichen Kenngrößen orientiert. Er geht auf die Moderne des 19. Jahrhunderts zurück und ist mit einem anhaltend steigenden Ressourcenverbrauch und einer stetig zunehmenden Belastung der Biosphäre verbunden. Wollen wir die irreversible Zerstörung der Biosphäre aufhalten, müssen wir umdenken. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Ausführungen zu den »Grenzen des Wachstums« zu verstehen.

Die ökonomische Theorie versteht heute unter Wachstum die Zunahme einer Geldgröße, des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Als volkswirtschaftlicher Schlüsselindikator spiegelt sich in ihm der Marktwert aller Güter und Dienstleistungen wider, die in einer Volkswirtschaft produziert werden. Inwieweit eine konsequent auf ökologische Maßstäbe ausgelegte Politik ein in diesem Sinne verstandenes Wachstum fördert oder begrenzt, bleibt offen. Auch die verbreitete Ansicht, mehr Wachstum müsse zwangsläufig schädliche Emissionen erhöhen und sei damit schon aus diesem Grund unerwünscht, ist aus ökonomischer Sicht ungeachtet der technischen Beschränkungen falsch.

Gleichwohl sind die bisherigen Versuche einer zumindest teilweisen Dematerialisierung des Wachstums ernüchternd. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat diesen Umstand mitsamt ihren keineswegs ausgestandenen Folgen zu Tage gefördert.

Ebenso wenig wird die Verwirklichung der Vision einer postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft den Traum von unbeschränktem Wachstum gänzlich erfüllen können, gehen ihre Fürsprecher doch von einer umfassenden Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Leistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit aus. Unter den Prämissen Versorgungssicherheit und Gleichbehandlung ist dies ohnehin weder wünschenswert noch begründbar.



Natascha Kohnen

(* 1967) ist seit 2009 Generalsekretärin der bayerischen SPD und Mitglied der SPD-Grundwertekommission.

natascha.kohnen@bayernspd-landtag.de

Darüber hinaus könnte die Verlagerung der ökonomischen Aktivitäten hin zu der Bereitstellung immaterieller Dienstleistungen, da diese in aller Regel die Mitwirkung der Konsumenten verlangen, schon bald an zeitökonomische Grenzen auf Seiten der Konsumenten stoßen.

Und schließlich ist damit zu rechnen, dass viele Menschen lieber in verlängerter arbeitsfreier Zeit eigenaktiv werden, als immer länger und intensiver Erwerbsarbeit zu leisten, um sich immer mehr Dienstleistungen kaufen zu können.

Hier soll daher vielmehr diskutiert werden, was angesichts der Krise des bisherigen Wachstumsmodells zu tun ist.

Zwingend notwendiger Wandel

Jegliche Aktivitäten, die zur Zerstörung der Biosphäre beitragen, müssen unmittelbar und mit Hochdruck zurückgedrängt werden. Maßnahmen, die dazu dienen, Umweltschäden zu reparieren sowie künftigen Schäden vorzubeugen, müssen hingegen entschieden vorangetrieben und gefördert

werden. Eine Kehrtwende dieser Art und Intensität verlangt jedoch neben der grundlegenden Veränderung unseres Lebensstils einen wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozess, um Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu generieren. Davon gleichermaßen betroffen wie der Dienstleistungssektor ist der industrielle Zweig. In welcher Form und in welchem Ausmaß sich die beschriebene Kursänderung am Ende in der ökonomischen Rechnungslegung niederschlagen wird, etwa im Sinne einer Steigerung des BIPs oder nicht, wird sich erweisen müssen. Es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, dass der zwingend notwendige Wandel nur dann möglich ist, wenn wir uns dem Zwang zum Wachstum entziehen. Wer der Logik folgt, ökonomisches Wachstum bilde die Voraussetzung, um den ökologischen wie sozialen Problemen mittels höherer Staatseinnahmen begegnen zu können, erliegt zwangsläufig dem klassischen Wachstumsmodell und nimmt eine weitere Verschärfung der bestehenden Probleme in Kauf. Nur wer Kraft und Erfolg versprechende Ideen und Konzepte für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft aufweisen kann, wird die politische Debatte der nächsten Jahre entscheidend prägen. Soviel ist sicher.

Wachstum und Glück

Die Frage nach der Zukunft des Fortschritts ist zugleich eine Frage, wie Reichtumsvoraussetzungen einer Kultur der Freiheit auf Dauer geschaffen werden können. Da das herkömmliche System der wissenschaftlich-technisch-ökonomischen Fortschrittsproduktion mit den ökologischen Bedingungen unseres Planeten nicht vereinbar ist und daher nachhaltigen Wohlstand nicht herzustellen vermag, brauchen wir – zunächst in den wohlhabenden Gesellschaften der Nordhalbkugel, schließlich aber überall auf der Welt – einen neuen Typus der Reichtumspro-

duktion als Basis für einen neuen Fortschritt. Dessen wesentliche Merkmale sind: *Erstens* eine drastisch erhöhte Energie- und Stoffeffizienz; mittelfristig die Energie-Wende zur Sonne, zu den regenerierbaren Primärenergien und der Aufbau einer emissionsfreien Kreislaufwirtschaft; *zweitens* eine Nutzung der Rationalisierungsgewinne zur Schaffung von mehr frei verfügbarer Zeit anstelle einer unentwegten Steigerung von Gütern und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung sowie einer unaufhörlich beschleunigten (Produkt-)Innovation. Wohlstand wird in Zukunft zu einem erheblichen Teil Zeitwohlstand sein; *drittens* verlässlich vorgehaltene öffentliche Güter wie Bildung, Sicherheit, Kultur etc. Die Rehabilitierung des öffentlichen Sektors ist integraler Bestandteil jedes nachhaltigen Fortschrittskonzepts; *viertens* die Aktivierung der Zivilgesellschaft. Wohlstand lässt sich sowohl durch Erwerbsarbeit als auch durch freie Tätigkeiten erzeugen; und, *fünftens*, eine Kultur des Vorbeugens statt des Heilens: Wo immer möglich, gilt es Schäden zu vermeiden, anstatt nachträglich Schäden zu kompensieren.

Bereits heute lässt sich nicht mehr leugnen, dass das BIP viele für das Wohlergehen der Menschen entscheidende Parameter außer Acht lässt, seien es von Menschenhand verursachte Umweltschäden oder Faktoren des sozialen Abstiegs wie Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Scheidung u.a. Die empirische Glücksforschung kommt zu dem Ergebnis, dass die Entwicklung des Wohlergehens nicht mit dem Wachstum des BIPs korreliert – Menschen in ärmeren Ländern wie Bangladesch, Aserbaidschan oder Nigeria zählen zu den Glücklichsten der Welt. Ein Paradoxon für alle, die daran glauben, dass ausschließlich wirtschaftlicher Konsum das subjektive Wohlbefinden steigern kann. Hier eröffnen sich gleichsam neue Chancen und Handlungsfelder für die politische Ebene, wenn es darum geht, gesellschaftliche Teilhabe in einer dynami-

schen Zivilgesellschaft des neuen Fortschritts zu fördern. Nur dann können die Menschen ihre Lebensqualität selbst aktiv verbessern. Dies setzt allerdings voraus, dass sich ein Individuum in seiner unmittelbaren Lebenswelt, am Arbeitsplatz und im persönlichen Wohnumfeld auf vielfältige Weise engagieren kann.

Was zu tun ist

Eine noch größere Rolle als bisher wird die Bereitstellung von kollektiven Gütern spielen. Dass diese für die individuelle Lebensqualität mindestens ebenso wichtig sind wie privater Konsum, muss im Bewusstsein der Bevölkerung indessen erst noch verankert werden. Nur wenn diese Einsicht gestärkt wird, werden die Menschen sich bereitfinden, dem Staat und den Kommunen die finanziellen Ressourcen zu gewähren, die zu diesem Zweck erforderlich sind. Öffentliche Einrichtungen und die von ihnen bereitgestellten kollektiven Güter sind sichtbarster Ausdruck ziviler Gemeinschaftlichkeit. Mit zuneh-

memdem Grad an Privatisierungen verliert die Bürgerschaft Identifizierungsmöglichkeiten sowie demokratische Mitwirkungsoptionen und Entscheidungsbefugnisse. Dies aber würde auf Dauer dazu führen, dass die kommunale Demokratie als wichtigste Plattform zur Einübung demokratischer Mitwirkung nicht nur unattraktiv wird, sondern gar zur bloßen Verwaltungsroutine verkommt. Demokratie auf allen Ebenen, von den Gemeinden über den Nationalstaat bis hin zur EU, lebt davon, dass alle Bürger an gemeinsamen Projekten und Einrichtungen teilhaben. Wer deren Privatisierung vorantreibt, entleert die Demokratie.

Das herkömmliche Konzept der sozialen Sicherung führt zu ständig steigendem Finanzbedarf. Ohne erhebliches Wirtschaftswachstum wird dieser künftig nur äußerst schwer oder unter Umständen überhaupt nicht mehr gedeckt werden können. Soll die Abkehr vom vorherrschenden Wachstumszwang gelingen, muss unsere sozialpolitische Strategie grundlegend umgestaltet werden; es bedarf einer vorbeugenden Sozialpolitik, die über die bisherige

Konzeption weit hinausgeht: Sie muss die Bekämpfung der Ursachen sozialer Probleme und Missstände in den Blick nehmen, anstatt sich auf die Linderung ihrer Folgen zu beschränken. Sie verlangt eine Ausweitung des Begriffs der Sozialpolitik zur umfassenden Gesellschaftspolitik unter sozialen Gesichtspunkten. Sie erfordert eine Abkehr vom vorherrschenden individualisierenden Verständnis sozialer Probleme zugunsten einer Berücksichtigung problemträchtiger Lebenslagen und Strukturen. Sie geht von einem differenzierten Verständnis von »sozialer Sicherheit« aus, das über das technisch Organisierbare und durch Einkommenstransfers Leistbare hinaus auch soziokulturelle Determinanten berücksichtigt.

Wer die Ursachen sozialer Probleme effizient bekämpfen will, wird zwangsläufig die bestehenden Ressortgrenzen der Sozialpolitik überschreiten müssen. Denn viele soziale Probleme entstehen aus Fehlern und Versäumnissen anderer Politikfelder. Wenn wir verhindern wollen, dass in der Sozial- und Gesundheitspolitik mit hohem finanziellen Aufwand Probleme gelindert werden müssen, die von anderen Ressorts verursacht wurden, muss Sozialpolitik als Gesellschaftspolitik verstanden werden und aus einem sozialen Blickwinkel heraus betrachtet werden. Und wenn wir den Zusammenhang zwischen Lebenslagen und sozialen Problemen ernst nehmen, müssen wir uns von dem immer noch verbreiteten individualisierenden Verständnis sozialer Probleme lösen und uns entschlossen den problemträchtigen Lebenslagen und Strukturen zuwenden.

Sozialpolitik des neuen Fortschritts

Der neue Fortschritt macht einen umfassenden Strukturwandel notwendig, der ohne sozialstaatliche Absicherung keinesfalls bewältigt werden kann. Die Sozialpolitik des neuen Fortschritts muss

deshalb beides leisten: den Ausbau der vorsorgenden und die Stabilisierung der nachsorgenden Sozialpolitik.

Die Abkehr vom bisherigen Wachstumsparadigma hat auch erhebliche Konsequenzen für die Politik der Arbeit. Wer die Arbeit der Zukunft fördern will, muss die steuer- und finanzpolitische Privilegierung des Maschinensektors beenden. Deswegen Wertschöpfung muss stärker zur Finanzierung jener Aufgaben herangezogen werden, die ausschließlich durch menschliche Arbeit geleistet werden können. Nur dadurch und nur in Verbindung mit Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Forschung kann der immense Bedarf an personenbezogenen Dienstleistungen gedeckt werden; nur dadurch wird zudem die Binnennachfrage gestärkt, von der wiederum der Maschinensektor profitiert, um seine Produkte abzusetzen. Vielmehr sollten die Möglichkeiten aus Rationalisierung und Automation genutzt werden. Umso mehr, als diese zumeist mit einer effektiveren Nutzung von Energie und Stoffen einhergehen. Daraus ließen sich einerseits unvorhergesehene und nicht für möglich gehaltene Chancen der Entlastung von fremdbestimmter und belastender Arbeit nutzen, es ließe sich aber auch ein hohes Maß an frei verfügbarer Zeit für alle gewinnen. Wachsende Möglichkeiten demokratischer Beteiligung in allen gesellschaftlichen Bereichen würden damit korrelieren. Arbeitszeitverkürzung unter Einbeziehung intelligenter neuer Formen wie Sabbatregelungen etc. wird angesichts dessen wieder zu einem gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Thema ersten Ranges.

Der neue Fortschritt geht einher mit einem Umbau der Energieversorgung, die in den Industrieländern bis zum Jahr 2050 nahezu emissionsfrei bereitgestellt werden muss, um den Klimawandel noch zu begrenzen. Um Ressourcenkriege zu verhindern und den Frieden zu sichern, ist sowohl die Steigerung der Stoff- und Ener-

gieffizienz entscheidend wie auch der Übergang ins Solarzeitalter. Eine ökologische Finanzreform wird hierzu ebenso unverzichtbar sein wie die Einrichtung eines verbindlichen Emissionshandels. Der Umbau von Stadt- und Siedlungsstrukturen wird getrennte Funktionen zusammenführen und die Nähe stärken. Günstigere Bedingungen für öffentliche Verkehrs-

teme und nichtmotorisierte Mobilität sind zu schaffen.

Zentrale Fortschrittsaufgabe bleibt abschließend die Gewährleistung gleicher Freiheit für alle sowohl im Inneren der Gesellschaften als auch im Weltmaßstab. Die Umverteilung von Macht, Besitz und Einkommen bleibt hierzu ein notwendiges Mittel.

Walter Pfannkuche

Grundlinien einer globalen Politik der Gerechtigkeit

Zentrale Säule eines »Neuen Fortschritts« muss globale Gerechtigkeit sein. Hier ist aber zunächst zu fragen: Welche Ungleichheiten existieren? Und wie können diese so verändert werden, dass Demokratie nicht zu einem Oberflächenritual verkommt?

»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.« Das von Marx beschworene Pathos der praktischen Veränderung war – leider – schon 1845 so unzureichend wie heute. Es kommt gar nicht darauf an, die Welt zu verändern, worauf es ankommt, ist, sie zu *verbessern*. Aber verbessern in welche Richtung und nach welchem Maßstab? Und hier gibt es von Marx nun doch etwas zu lernen – eben das, was er in der unmittelbar vorhergehenden These zu Feuerbach so formuliert hat: Der Standpunkt des alten Materialismus ist die »bürgerliche« Gesellschaft; der Standpunkt des neuen die menschliche Gesellschaft, oder die vergesellschaftete Menschheit.

Wer Menschheit sagt, der will nicht notwendig betrügen, wie noch Carl Schmitt insinuierte. Im besseren Fall will er darauf hinweisen, dass diese Welt ökonomisch und politisch zu einer zusammenwächst und dass jede plausible Idee einer Verbesserung eben die Konzeption einer vergesellschafteten Menschheit beinhalten muss.

Und damit wird es schwierig. Zwar können wir die Gerechtigkeit als Leitbegriff einer vernünftigen vergesellschafteten Mensch-



Walter Pfannkuche

(* 1956) ist Professor für Praktische Philosophie an die Universität Kassel mit den Arbeitsschwerpunkten Moralphilosophie, Theorien der Moralbegründung und Politische Philosophie. Zur Zeit leitet er ein Forschungsprojekt zur Ethik der Globalisierung.

walter-pfannkuche@uni-kassel.de

heit benennen, aber was unter globaler Gerechtigkeit dann inhaltlich zu denken ist, das ist vage und umstritten zugleich. Wer dazu etwas sagen will, braucht nicht nur einen Begriff globaler Gerechtigkeit, sondern auch eine Vorstellung davon, wie unter realen Bedingungen die Annäherung an diese Gerechtigkeit erfolgen kann und muss. Es ist eines, und schon schwierig genug, Kriterien für einen Zustand globaler Gerechtigkeit zu entwickeln. Es ist ein anderes, zu bestimmen, welche Pflichten und welche Rechte den bestehenden Nationalstaaten auf dem Weg zu einer mit Anstand vergesellschafteten Menschheit zufallen.

Was könnten die Grundlinien einer globalen Politik der Gerechtigkeit sein? Worin besteht überhaupt das Wesen der Gerechtigkeit? Eine Antwort kommt in